

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Ludwig Hartmann, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/17334, 16/17731

### **Berichts Antrag zur Aufklärung über das Ausmaß und die Handhabung des Einsatzes derivativer Finanzierungsinstrumente der bayerischen Kommunen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit über die Rolle des Staatsministers Martin Zeil als Geschäftsführer der Hauck & Aufhäuser Finance Management GmbH zu berichten.

Außerdem soll dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit von der Staatsregierung über die Handhabung und das Ausmaß des Einsatzes derivativer Finanzierungsinstrumente in bayerischen Kommunen und die Haltung der Staatsregierung dazu berichtet werden.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Auf mögliche Zusammenhänge und Interessenskonflikte von Herrn Zeil zwischen seinen kommunalen Mandaten im Landkreis Starnberg auf der einen und seinen Tätigkeiten für die Tochtergesellschaft des Bankhauses Hauck & Aufhäuser auf der anderen Seite.
- In welcher Form und in welchem Umfang Herr Staatsminister Zeil an der Entwicklung des Geschäftsmodells mit dem riskanten Derivatgeschäft u.a. im Zusammenhang mit den sog. CMS-Spread-Ladder-Swaps beteiligt war.
- Wie in diesem Zusammenhang seine späteren, negativen Äußerungen zu diesen kommunalen Risikogeschäften zu werten sind.
- Inwieweit es Gespräche zwischen Mitgliedern der Staatsregierung und den Banken, die den Einsatz derivativer Finanzierungsinstrumente für bayerische Kommunen im Angebot hatten, gegeben hat und welchen Inhalt diese Gespräche hatten.
- Welcher finanzielle Schaden den bayerischen Kommunen durch das Geschäftsgebaren des Bankhauses Hauck & Aufhäuser inklusive aller Tochtergesellschaften entstanden ist.
- Welcher Schaden den bayerischen Kommunen durch das Geschäftsgebaren aller Banken entstanden ist, die den Einsatz derivativer Finanzierungsinstrumente angeboten haben.

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident